

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 2. April 2026 · Nr. 78/14 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,10 € F.A.Z. im Internet: faz.net

Warken: Cannabisgesetz war ein Fehler

FRANKFURT. Nach der Veröffentlichung einer zweiten Zwischenbilanz zum Cannabisgesetz haben mehrere Minister der Union die Teillegalisierung scharf kritisiert. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) bezeichnete es als Fehler, Cannabis zu Genusszwecken zu legalisieren. Die von der Ampelregierung beschlossene Teillegalisierung gefährde insbesondere Jugendliche, sagte sie am Mittwoch in Berlin. Auch Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) kritisierte einen mangelnden Jugendschutz und forderte Nachbesserungen. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) nannte das Gesetz einen „vollkommenen Rohrkrepierer“. Der Schwarzmarkt wachse, und die Kriminalität steige, so Dobrindt. Statt Jugendschutz biete das Gesetz „ausschließlich Gefährdung“. Der Zwischenbericht des Forschungsverbands Ekocan sieht Gefahren vor allem im starken Zuwachs von Medizinalcannabis. Der Schwarzmarkt werde hingegen langsam von legalen Angeboten zurückgedrängt, heißt es. Einen Anstieg des Konsums, der auf die Teillegalisierung zurückzuführen sei, erkennen die Fachleute nicht. Auch unter Jugendlichen sei der Konsum stabil geblieben. (Siehe Seite 4.) F.A.Z.

Einmal volltanken?



High Noon hat in Deutschland jetzt eine Bedeutung, die sich Gary Cooper nicht ausmalen konnte: Punkt zwölf Uhr mittags klettern an den Tankstellen die Preise in die Höhe – sicherheitshalber sogar dann, wenn der Ölpreis sinkt. Als es im Land des Fahrvergnügens noch fünf vor zwölf war,

kostete ein Liter Super E10 durchschnittlich 2,099 Euro. Fünf Minuten später stand am Mittwoch zwar nicht die Sonne im Zenit, aber der Benzinpreis: 2,147 Euro. Danach durfte es nur noch abwärts gehen – bis zum nächsten Bleifrei-Duell mit den Zapfpistolen. Seite 20 Foto Allstar

Europa ist allein

Von Berthold Kohler

Donald Trump hat in seinem Zorn auf die Europäer, die ihm keine Hilfstrophen für seinen undurchdachten Krieg gegen Iran stellen wollten, abermals mit dem Austritt der USA aus der NATO gedroht. Wieder nur Theaterdonner eines irrlichternden Präsidenten, der heute dies sagt und morgen das Gegenteil? In dieser Angelegenheit auf seinen Wankelmut zu setzen, wäre grob fahrlässig. Denn aus Trumps Irrungen und Wirrungen ragt eine Konstante heraus: seine tief sitzende Abneigung gegenüber den Europäern und sein Desinteresse an der Erhaltung des atlantischen Bündnisses. In Berlin aber klammert man sich an die Hoffnung, dass es in Washington noch genügend Vernünftige gebe, die einen Abzug der Amerikaner aus Europa oder gar die formelle Kündigung des NATO-Vertrags verhindern würden. Doch in Amerika sind die „Atlantiker“ nur noch eine Sekte. Auch Außenminister Rubio, auf den einige Europäer setzten, fällt seinem Herrn nicht ins Wort und schon gar nicht in den Arm.

Darauf, dass Trump den Austritt aus der NATO unterschreibt, braucht Putin nicht zu warten, wenn er das von Trump unterminierte Bündnis testen und endgültig sprengen will, etwa mit einem Überfall seiner „grünen Männchen“ auf das Baltikum. Wer kann jetzt noch glauben, dass Trump wegen der aus seiner Sicht treu- und nutzlosen Europäer bereit wäre, die USA in einen Krieg mit Russland zu führen, der in einem nuklearen Schlagabtausch enden könnte? Das ist das zentrale Element der westlichen Abschreckungsstrategie – gewesen. Putin rechnet angesichts Trumps Entfremdung von Europa kaum noch mit dem Schlimmsten, schon gar nicht bei einem Dealmaker, der lieber gute Geschäfte mit Moskau machen würde. Trump erzählte nun geradezu triumphierend, auch Putin wisse, dass die NATO nur ein Papiertiger sei.

Europa ist in der Konfrontation mit dem großrussischen Imperialismus weitgehend auf sich selbst gestellt. Es muss das endlich begreifen und dringend die Konsequenzen daraus ziehen, bis hin zur nuklearen Aufrüstung.

Seht, der Mensch

Von Reinhard Bingener

Die Osterfeiertage bilden ähnlich wie Weihnachten eine Gelegenheit zur Bilanz: Sobald alle farbigen Eier gefunden sind, die dringlichsten Begebenheiten erzählt wurden und der zweite Kaffee in der Tasse dampft, wird im Kreis der Familie das Geschehen der zurückliegenden Zeit resümiert. Der Mensch verortet sich so im Strom der Zeit und setzt sein persönliches Ergehen in ein Verhältnis zum Lauf der Welt.

Der Horizont solcher Betrachtungen hat sich allerdings merklich eingetrübt. Besonders der gerne herangezogene Zehnjahresvergleich zwischen der Welt von 2016 und der Welt von 2026 fällt düster aus. Blickt man eine Dekade zurück, erkennt man eine vergleichsweise wohlgeordnete Welt: Der Wohlstand stieg, der Gedanke an Krieg schien so fern wie in den Jahrzehnten zuvor, und auf internationaler Ebene formte sich ein ernsthafter Wille, die Ökosysteme des Planeten zu schützen.

Eine Pandemie und mehrere Kriege später ist davon wenig übrig. Die internationale Ordnung zerfällt, und die Weltbühne wird zunehmend von fragwürdigen Figuren bevölkert, die mit ihrem Egoismus jedoch auf erkennbaren Zuspruch in ihren jeweiligen Bevölkerungen stoßen. Das drängende Klimaproblem bleibt derweil einfach liegen, obwohl mit bloßem Auge zu erkennen ist, dass die Wälder vor zehn Jahren grüner waren und die Schokoladenhasen auch nicht ohne Grund heute so viel teurer sind. Kurz: Die Zehnjahresbilanz der Spezies Homo sapiens ist dürrig.

In dieser Lage kann ein Blick in die Passionserzählungen des Neuen Testaments zumindest beim Erwartungsmanagement helfen. Die Evangelien bieten in ihren Schlusskapiteln eine Charakterstudie des Menschengeschlechts, die einem Panoptikum der Niedertracht gleicht. Der Bogen reicht vom Verrat des Judas über Soldaten, die Lust an Erniedrigung und Folter empfinden, intrigante Priester, einen zynischen Statthalter der Römer, aber auch eine Jüngerschaft, die in den entscheidenden Momenten entweder schläft oder sich wegsteilt. Petrus als Anführer der Jünger verleugnet seinen Herrn sogar gleich dreimal. Auch das Volk kommt nicht gut weg: Am Palmsonntag jubelt es „Hosianna“, kaum eine Woche später ruft es „Kreuzigt ihn“. Dünne Halme, vom Winde bewegt.

Die Ostergeschichte stellt ihrem „Ecce homo“ mit Blick auf Christus eine zutiefst nüchterne und skeptische Anthropologie gegenüber, die sich auch der Hoffnung enthält, dass sich die Lage im Laufe der Zeit großartig verändert oder verbessert. Der deutsche, jüdische Aufklärungsphilosoph Moses Mendelssohn hat dazu geschrieben, dass der einzelne

Mensch sich zwar entwickeln könne, aber die Menschheit als Ganze besitze „in allen Perioden der Zeit ungefähr dieselbe Stufe der Sittlichkeit“. Einen beständigen Fortschritt oder gar eine schrittweise Vervollkommnung beobachtet Mendelssohn nicht. „Vielmehr sehen wir das Menschengeschlecht im Ganzen kleine Schwingungen machen, und es tat nie einige Schritte vorwärts, ohne bald nachher, mit gedoppelter Geschwindigkeit, in seinen vorigen Stand zurückzugleiten.“ Ein Blick in die Kommentarspalten der sozialen Medien nährt den Verdacht, dass sich das Menschengeschlecht gerade in der Phase mit der doppelten Geschwindigkeit befindet.

Wo aber bleibt dann die Hoffnung? Folgt man der Weisheit von

Zunehmende Zweifel an der Menschheit? Die Evangelien helfen beim Erwartungsmanagement.

Mendelssohn, droht zumindest kein völliger Absturz. Die vergangene Dekade wäre bloß eine Abwärtsschwingung innerhalb des üblichen Korridors. Auch die biblische Anthropologie lässt sich auf solche weiseitliche Art verstehen: Denn der skeptische Blick auf die Moralität des Menschen, der sich von der Genesis über die Sprüche des Alten Testaments bis in die Passionsgeschichte der Evangelien zieht, enthält den Ratschlag, diese Schwäche besser stets einzukulieren.

Mit Blick auf sich selbst braucht man sich damit nicht zufriedenen zu geben. Denn eine Besserung des einzelnen Menschen hält nicht nur Mendelssohn für möglich und erreichbar. Auch die Lehre Jesu zielt darauf ab, bei sich selbst anzufangen. Der tiefe Fall des Judas in der Passionsgeschichte ist ein Warnzeichen, dass auch die Zugehörigkeit zum Jüngerkreis nicht davor schützt, an dieser Aufgabe zu scheitern.

Bei den restlichen Jüngern liegt die Sache anders: Deren Scheitern an den eigenen Ansprüchen wird nicht als Ende, sondern als Teil ihres Weges betrachtet. Petrus, der Jesus dreifach verleugnet, wird am Ende des Johannesevangeliums deshalb auch gleich dreifach rehabilitiert. Und das geschieht nicht durch den irdischen, sondern durch den auferstandenen Jesus. Das verweist darauf, dass die christliche Hoffnung in ihrem Kern nicht weiseitlicher, sondern religiöser Natur ist. Die Menschheit mag verdorben sein und der Lauf der Welt enttäuschend. Aber der Glaube darf sich an der Verheißung aufrichten, dass das Böse dennoch dereinst ganz aufgehoben wird.

Hat jetzt jeder den perfekten Zug parat?

Mit KI verändert sich auch das Schachspiel. Wir liefern eine Handreichung zu den wichtigsten Fragen.

Feuilleton, Seiten 14/15

Feinde der Demokratie

Was, wenn sich die wehrhafte Demokratie mit ihren schärfsten Waffen am Ende selbst schwächt?

Politik, Seite 7

Tanz in einer anderen Liga

Unter der Leitung von Alessandra Ferri ist das Wiener Staatsballett zur maßgeblichen Company geworden.

Feuilleton, Seite 13

Country-Hits für Gütersloh

Bertelsmann verdient mit Musik aus der Country-Hochburg Nashville viel Geld. Der Sender RTL spielt dabei eine Rolle.

Wirtschaft, Seite 25

Historische Blamage

Wieder verpasst Italien die WM. Der Fußball im Land ist bis in seine Grundfesten beschädigt.

Sport, Seite 36

Leben und Sterben

Nirgendwo auf Erden gibt es so viele wilde Tiere wie in der Serengeti. Was geschieht, wenn man dort zu Fuß unterwegs ist?

Reiseblatt, Seite R1

Briefe an die Herausgeber, Seite 6

Anklage wegen Todesliste im Darknet erhoben

DÜSSELDORF. Der Generalbundesanwalt (GBA) hat vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf Anklage gegen einen Mann erhoben, der im Darknet zu Anschlügen auf bekannte Politiker aufgerufen und Spenden für mögliches Kopfgeld gesammelt haben soll. Der GBA wirft dem zuletzt in Dortmund lebenden Martin S. Terrorisfinanzierung und die Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat vor. S. war im November festgenommen worden. Mit dem Aufruf zu Anschlügen habe er laut GBA die freiheitlich-demokratische Grundordnung destabilisieren wollen. reb.

Syriens Präsident: Merz nannte Rückkehrquote

BERLIN. Syriens Präsident Ahmed al-Scharaa hat sich am Mittwoch in London zurückhaltend zur Rückkehr der meisten syrischen Flüchtlinge geäußert. Nicht er, sondern Kanzler Friedrich Merz (CDU) habe von einer Heimkehr von 80 Prozent der syrischen Flüchtlinge in Deutschland bis 2029 gesprochen. Merz hatte das am Montag auf einer Pressekonferenz getan, das Ziel am Dienstag aber als Wunsch al-Scharaa dargestellt, den er „zur Kenntnis genommen“ habe. Städtetagschäftsführer Christian Schuchardt sagte, man müsse Fachkräfte in Deutschland halten. (Siehe Seite 2.) moja.

Özdemir und Hagel sehen Fundament für Koalition

STUTTGART. Grüne und CDU wollen womöglich noch vor den Osterfeiertagen über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen entscheiden. Cem Özdemir (Grüne) und Manuel Hagel (CDU) sehen ein Fundament für die Bildung einer „Reformkoalition“. (Siehe Seite 4.) rso.

Mitteilung des Verlages: Wegen des Karfreitags erscheint die nächste Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am Samstag, 4. April, zur gewohnten Zeit. Aktuelle Nachrichten und Berichte finden Sie auch am Feiertag unter www.faz.net.

Jäger befürchten künftig öfter Wölfe in Städten

Der junge Wolf, der eine Frau in Hamburg verletzt hat, ist vorübergehend in einer Wildtierauffangstation bei Sachsenhagen im niedersächsischen Landkreis Schaumburg untergebracht worden. Das teilte die Hamburger Umweltbehörde mit. Unklar ist weiterhin, von wo der Wolf nach Hamburg kam. Der Präsident des Deutschen Jagdverbands, Helmut Dammann-Tamke, sagte der F.A.Z., dass aufgrund der hohen Zahl von Wölfen in Deutschland „die Tiere künftig öfters in die Städte kommen“. (Siehe Deutschland und die Welt sowie Feuilleton, Seite 11; Kommentar Seite 10.) F.A.Z.

Deutlich schlechtere Aussichten für die deutsche Wirtschaft

Institute halbieren Wachstumsprognose / Hohe Energiepreise dämpfen Erholung

BERLIN/FRANKFURT. Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr weniger wachsen als erwartet. Die fünf großen Wirtschaftsinstitute prognostizieren nur einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,6 statt der zuvor erwarteten 1,3 Prozent, wie sie am Mittwoch in Berlin mitteilten. Der „Energiepreisschock“ infolge des Irankrieges treffe die Wirtschaft hart, sagte Timo Wollmershäuser, der Konjunkturchef des Ifo-Instituts aus München. 0,3 Prozentpunkte des Rückgangs der Wachstumsrate schreiben die Ökonomen den Folgen des Krieges zu. Zudem entwickle sich die Industrie schlechter als gedacht.

Im kommenden Jahr halten die Institute noch ein Wachstum von 0,9 Prozent für möglich. Die Inflationsrate sehen sie in diesem Jahr bei 2,8 Prozent, 2027 bei 2,9 Prozent. In der Prognose unterstellen die Ökonomen, dass die Lage im Nahen Osten sich bald entspannt und die Energiepreise vom Sommer an sinken. Sollte dies nicht der Fall sein, könnten sich die Auswirkungen noch stärker eintrüben. „Wir raten dringend von pauschalen Markteingriffen wie einem Tankrabatt ab“, sagte Wollmershäuser in Richtung der Bundesregierung. Mit einer unterjährigen Erhöhung der Grundsicherung ließen sich gezielt die Haushalte entlasten, die der Anstieg der Energiepreise besonders belastet. „Wir brauchen eine Politik der ruhigen Hand“, ergänzte Stefan Kooths, der Konjunkturchef des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. „Derzeit sieht man davon wenig.“

Die Forscher korrigierten die langfristigen Aussichten nach unten. Das Potentialwachstum, das den mittelfristigen Wachstumspfad beschreibt, werde bis zum Ende des Jahrzehnts von derzeit 0,2 Prozent auf null sinken. Die von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) angestrebte Heimkehr Hunderttausender Syrer sehen die Ökonomen kritisch. „Das würde dem Produktionspotential einen weiteren Dämpfer verpassen“, sagte Wollmershäuser.

Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) schloss aus der schlechteren Wachstumsprognose, dass es „konsequent“ Strukturreformen geben müsse. Wirtschaftsverbände forderten niedrigere Energie- und Arbeitskosten sowie eine geringere steuerliche Belastung. (Siehe Wirtschaft, Seite 19.) loe./p.w.

Starmer sucht Lösungen für Hormus-Krise

Beratungen mit Partnern noch diese Woche / Trump droht mit NATO-Austritt

FRANKFURT/WASHINGTON. Großbritannien will noch in dieser Woche ein Treffen mit 35 Staaten abhalten, um Möglichkeiten zur Wiederöffnung der Straße von Hormus zu erörtern. Das sagte Premierminister Keir Starmer am Mittwoch auf einer Pressekonferenz, nachdem der amerikanische Präsident Donald Trump wegen ausbleibender Unterstützung im Irankrieg mit dem Ausstieg aus der NATO gedroht hatte. Starmer erklärte, bei dem Treffen am Donnerstag würden „alle realisierbaren diplomatischen und politischen Maßnahmen“ geprüft, um „die Freiheit der Schifffahrt wiederherzustellen, die Sicherheit der feststehenden Schiffe und Seeleute zu gewährleisten und den Transport lebenswichtiger Güter wieder aufzunehmen“.

Trump behauptete vor seiner für den späten Mittwochabend geplanten Rede zur Situation in Iran derweil, der „Präsident des neuen iranischen Regimes“ habe die USA um einen Waffenstillstand gebeten. Er werde diesen Schritt in Erwägung ziehen, „sobald die Straße von Hormus offen, frei und sicher“ sei. Das staatliche iranische Fernsehen bezeichnete die Äußerungen unter Berufung auf das Außenministerium als falsch. Trump äußerte, ohne einen Namen oder Details zu nennen, der neue Präsident Irans sei „viel weniger radikalisiert und wesentlich intelligenter“ als seine Vorgänger. Wen er genau damit meint, blieb unklar. Massud Peseschkian ist seit 2024 der iranische Präsident. Zuvor hatte Trump gesagt, der Krieg könne in zwei bis drei Wochen en-

den; Amerika habe einen „Regimewechsel“ herbeigeführt.

Gegenüber dem britischen „Telegraph“ übte Trump außerdem scharfe Kritik an den NATO-Verbündeten. Die Allianz sei ein „Papiertiger“, das wisse auch der russische Präsident Wladimir Putin. Ein möglicher Austritt aus dem Bündnis gehe „über reine Überlegungen hinaus“. Außenminister Marco Rubio kritisierte die NATO im Gespräch mit dem Sender Fox News am Dienstagabend als einseitig. Wenn Amerika immer helfe, sich aber umgekehrt nicht auf die Verbündeten verlassen könne, dann sei das „keine besonders gute Vereinbarung“ für Washington. Verteidigungsminister Pete Hegseth hatte sich zuvor geweigert, sich zum Bündnisfall nach Artikel 5 zu bekennen. (Siehe Seite 5.) gorg./fia.

